

Hinweise auf neue Bücher

Autor(en): **B.K. / V.G.**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **27 (1948)**

Heft 11

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Krediten wurden bis zur Währungsreform an Neusiedler 414 Millionen Mark gegeben plus 165 Millionen Mark Wirtschaftskredite, so daß die gesamte Kreditgewährung an Neusiedler fast 580 Millionen Mark ausmacht.

Beunruhigt ist die Bauernschaft der Ostzone durch eine unlängst erfolgte Ankündigung in der «Märkischen Union», die eine vom Kreisverbandsvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in Perleberg angezeigte «grundlegende Neuaufteilung der Agrarflächen in der Sowjetzone» betrifft. Der Plan hierfür liegt bei der Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft der Deutschen Wirtschaftskommission bereit. Verfügt ist schon, daß Großbauern mit einem Grundbesitz von 50 bis 99 Hektaren weder Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei noch Vorstandsmitglieder des Verbandes gegenseitiger Bauernhilfe sein dürfen.

Oswald Zienau.

Antwort an Churchill

Winston Churchill hat die Forderung aufgestellt, daß England seine Streitkräfte auf 1,5 Millionen Mann erhöhen solle.

Die Wochenschrift «*The New Statesman and Nation*» antwortet ihm darauf in ihrer Nummer vom 16. Oktober 1948 wie folgt:

«Bewaffnete Macht kann letzten Endes wohl einen Krieg gewinnen, aber sie stellt keinerlei Verteidigungsmittel gegen den Kommunismus dar. Die Gefahr besteht heutzutage nicht darin, daß die Rote Armee plötzlich marschieren könnte — warum in aller Welt sollte sie es tun? —, sondern darin, daß Westeuropa und Südostasien ein Opfer des Kommunismus werden, ohne daß die Russen einen einzigen Soldaten in Bewegung setzen. Nicht die Rote Armee, sondern soziale Zersetzung und ökonomische Krise haben bewirkt, daß in Italien die stärkste kommunistische Partei der Welt außerhalb Rußlands entstanden ist und daß die französischen Gewerkschaften in die Hände von Thorez und Duclos geraten sind. Würde England seine Streitkräfte auf 1,5 Millionen Mann erhöhen und so alle Chancen der Überbrückung der Kluft und der Wiederherstellung des Wirtschaftslebens verscherzen, so würde es damit nur die britische Kommunistische Partei über den jetzigen Bestand ihrer 100 000 Anhänger zum Rang einer Massenpartei nach französischem oder italienischem Muster erheben... Wir erkennen, daß der Kommunismus nicht mit Atombomben bekämpft werden kann, sondern nur durch sozialen Wiederaufbau.»

Hinweise auf neue Bücher

Erich Eyck: Das persönliche Regiment Wilhelms II. 814 Seiten. Eugen-Rentsch-Verlag, Erlenbach-Zürich 1948.

Dieses Buch bildet die Fortsetzung der von uns in dieser Zeitschrift ausführlich besprochenen Bismarck-Biographie Eycks («*Rote Revue*» 1946, Hefte 1–3, «Das Zweite und das Dritte Reich»). Es besitzt dieselben Vorzüge wie das frühere Werk; es ist sorgfältig auf Grund des Urmaterials gearbeitet und trotz seinem Umfang außerordentlich gut lesbar. Es besitzt aber darüber hinaus noch einen weiteren Vorzug, dessen sich die wenigsten deutschen Geschichtswerke rühmen können: sein Autor besitzt seinen eigenen Standpunkt und hat den Mut, ihn konsequent zu vertreten.

Eyck ist ein Liberaler und hat schon in seiner Bismarck-Biographie Grund genug zur Kritik an dem Werk des sonst von den deutschen Historikern nahezu uneingeschränkt bewunderten Heros gefunden. Um wieviel mehr Anlaß zur Kritik bieten ihm die Taten der leitenden Staatsmänner nach Bismarck, unter denen er mit vollem Recht Wilhelm II. an erste Stelle setzt. Denn dieser war tatsächlich das Kraftzentrum, von dem die Anstöße für die Gestaltung der deutschen Politik ausgingen, und er war der einzige, der von Bismarcks Sturz bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges ununterbrochen an leitender Stelle stand, während sein System sonst die Staatsmänner in geradezu erschreckender Weise wechselte und verbrauchte. Es wäre jedoch falsch, ihn deswegen als ruhenden Pol

anzusehen – im Gegenteil, gerade seine Rastlosigkeit und innere Unsicherheit waren das kennzeichnende Merkmal seiner Epoche.

Gewiß beruhen diese Eigenschaften zum guten Teil auf dem Charakter und der körperlichen Veranlagung des Monarchen, aber es wäre falsch, darin den eigentlichen Anlaß für den Zick-Zack-Kurs der deutschen Politik zu suchen. Eyck ist scharfsichtig genug, die tieferen Ursachen aufzudecken, wenn er auch in seinem Werk, das er mit Recht eine «Politische Geschichte des deutschen Kaiserreichs von 1890 bis 1914» nennt, nur selten bis zu den großen weltbewegenden Kräften der geschichtlichen Entwicklung vorstößt. Ihn beschäftigen weniger die wirtschaftlichen und die sozialen Geschehnisse als die politischen, und unter diesen stellt er wiederum die Außenpolitik in erste Linie.

Aus Eycks Schilderung kann man die schweren Geburtsfehler der Bismarckschen Schöpfung deutlich erkennen. Ihre Unzulänglichkeit führte auf innerpolitischem Gebiet stets von neuem dazu, daß von höchster und allerhöchster Stelle Staatsstreichpläne erwogen wurden, die die Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts oder die Einschränkung der Befugnisse des Reichstages zum Ziel hatten, während zur selben Zeit die Unzufriedenheit mit den staatlichen Verhältnissen in der Mehrheit der Bevölkerung immer weiter um sich griff und mit ihr das Gefühl, daß eine organische Entwicklung der Verfassung und Verwaltung nach den westeuropäischen Vorbildern hin an den Machtpositionen des Junkertums in Preußen scheitern müsse. Ebenso unfertig blieb die Finanzverfassung des Reiches, die sich ihren Aufgaben niemals gewachsen zeigte, weil die Einzelstaaten eifersüchtig darüber wachten, daß das Reich keine direkten Steuern erheben dürfe, und weil sich die besitzenden Schichten, voran die Großgrundbesitzer, beharrlich und erfolgreich dagegen wehrten, ihren Anteil an den Lasten der Rüstungen, die auf ihren Antrieb und in ihrem Interesse unternommen wurden, auf sich zu nehmen.

Blieb also innenpolitisch praktisch alles beim alten, wie es Bismarck hinterlassen hatte, so wurde es auf außenpolitischem Gebiete nach seinem Abgang nur um so ärger. Freilich weist Eyck mehr als einmal darauf hin, daß Bismarcks Nachfolger zum großen Teil nur das fortführten, was der Meister begonnen hatte, und daß insbesondere die Bindung Deutschlands an Österreich und damit seine Hineinzerrung in die Balkanwirren schon von Bismarck selbst geschaffen worden war. Aber freilich kamen in der Wilhelminischen Epoche noch einige Faktoren dazu, die diese Politik Bismarcks noch gefährlicher machten. Es waren dies vor allem der Bau der Bagdad-Bahn, der Deutschland nicht nur in Gegensatz zu England, sondern auch zu Rußland brachte und Deutschland zum Verteidiger der zugrunde gehenden Türkei machte, und der Bau der Schlachtflotte, die von England als schwere Bedrohung empfunden werden mußte.

Eyck schildert die schweren Fehler der deutschen Diplomatie, vor allem ihre Ziellosigkeit und ihre kraftmeierischen Methoden, sehr anschaulich und erklärt, wieso die andern Mächte schließlich von der Unzuverlässigkeit und Unaufrichtigkeit der deutschen Diplomatie überzeugt wurden. Hieran trägt freilich nicht nur der Kaiser selbst, sondern auch sein Kanzler Bülow und die «graue Eminenz» des Auswärtigen Amtes, Fritz von Holstein, ein gerüttelt Maß an Schuld. Geradezu dramatisch wird Eycks Darstellung im letzten Kapitel, das das Hereinbrechen der Katastrophe des ersten Weltkrieges schildert. Eyck stellt hier in wohlabgewogener Weise die Schuld der Berliner und der Wiener Staatsmänner ins rechte Licht. Graf Berchtold, der österreichische Außenminister, wollte im Einverständnis mit dem Wiener Generalstab den Krieg mit Serbien, von dem er sich die endgültige Bereinigung der vom Balkan her drohenden Gefahren erhoffte. Er glaubte, daß Rußland wie bei einigen früheren Gelegenheiten ihn nicht an seinem Vorgehen hindern werde, wenn Deutschland seine feste Entschlossenheit kundtue, den Konflikt an Österreichs Seite durchzufechten. Die Schuld der deutschen Staatsmänner besteht darin, daß sie im Glauben, den Konflikt auf Österreich und Serbien beschränken zu können, die von Berchtold verlangte Vollmacht ausstellten, ohne sich eine Einflußnahme auf die diplomatischen und militärischen Schritte Österreichs vorzubehalten. Als sich dann herausstellte, daß die russische Armee viel besser zum Kriege gerüstet war, als man in Wien und Berlin annahm, und als daher der Petersburger Hof deutlich zu erkennen gab, daß er Serbien nicht im Stiche lassen würde, da begann der Streitfall einen internationalen Charakter anzunehmen, und die Bündnisverpflichtungen der Großmächte ließen den Umfang der kommenden Weltkatastrophe ahnen. Ursprünglich hoffte der deutsche Reichskanzler auf die englische Neutralität; als ihm jedoch in London unmiß-

verständlich mitgeteilt wurde, daß England nicht ruhig zuschauen würde, wenn Rußland und mit ihm Frankreich von Deutschland und Österreich angegriffen würde, versuchte die deutsche Diplomatie in Wien zu bremsen. Aber nun war es zu spät: der Krieg an Serbien war erklärt, und Österreich begann zu mobilisieren. Das löste die Mobilisierung der russischen Armee aus, und jetzt bekamen die Generale an Stelle der Staatsmänner das Wort. Das bedeutete den Bruch der Neutralität Belgiens und dieser den Kriegseintritt Englands.

Zweifellos haben weder die Wiener noch die Berliner Staatsmänner den *Weltkrieg* gewollt, aber sie wollten den Krieg mit Serbien und haben dann durch ihre Ungeschicklichkeit und Unaufrichtigkeit und schließlich dadurch, daß sie im entscheidenden Augenblick den Generalen freie Hand gaben, den Ausbruch des Weltkrieges herbeigeführt. Das geht aus Eycks Darstellung deutlich hervor, die in ihrer Knappheit und in der Beschränkung auf das Wesentliche eine der besten über dieses so vielfach untersuchte und geschilderte Ereignis ist.

So wenig gegen die Schilderung der Außenpolitik einzuwenden ist, so kann man Eycks Darstellung der Innenpolitik nicht das gleiche uneingeschränkte Lob spenden. Seine Kritik der Wilhelminischen Politik deckt sich im wesentlichen mit dem Standpunkt, den die deutsche Sozialdemokratie während dieses Vierteljahrhunderts eingenommen hat. Man sollte also meinen, daß Eyck für sie eine größere Sympathie empfinden müßte als für die bürgerlichen Parteien – abgesehen von wenigen Ausnahmen –, die teils durch ihre Schwäche, teils durch aktive Mitwirkung an der Entwicklung des Wilhelminischen Systems mitschuldig gewesen sind. Aber er stellt Eugen Richter höher als Bebel, obwohl Richter durch seine hartnäckige Feindseligkeit gegen den Ausbau der Sozialpolitik jede Möglichkeit einer, wenn auch nur taktischen, Zusammenarbeit der Liberalen mit der Sozialdemokratie verschüttet hat.

Auf diesem Gebiet finden sich denn auch beklagenswerte Lücken in der Darstellung Eycks. So fehlt zum Beispiel eine Schilderung des Kampfes der Sozialdemokratie gegen das Dreiklassenwahlrecht in Preußen und seine Beeinflussung durch die russische Revolution von 1905, deren innenpolitische Wirkungen auf Deutschland kaum gestreift werden. Geradezu irreführend ist die Art, wie Eyck den Dresdener Parteitag der Sozialdemokratie darstellt (S. 352). Der Angriff in diesen gewiß unerfreulichen Auseinandersetzungen ging nicht etwa, wie man nach Eyck annehmen muß, von der Linken, sondern von der Rechten aus, und diese war es, die den Ton persönlicher Gehässigkeit in die Debatte brachte. Daß dann auf beiden Seiten gesündigt wurde, ist wohl verständlich, aber es ist doch eine starke Übertreibung, wenn Eyck glauben machen will, daß Bülow nach diesem Kongreß der Sozialdemokratie rhetorisch oder gar taktisch überlegen gewesen wäre. Die Ursache des Mißerfolges bei den Wahlen von 1907 lag, wie Eyck selbst hervorhebt (S. 457) vielmehr an dem Appell an die nationalen Instinkte, der beim deutschen Spießbürger immer wirkte, als an der Rednergabe des Reichskanzlers.

Aber diese Einwendungen fallen gegenüber der unleugbar großen Leistung Eycks kaum in die Waagschale, und man wird sein Werk als die beste Darstellung dieser Zeit begrüßen dürfen; niemand, der die Epoche Wilhelms II. verstehen will, sollte sie unbeachtet lassen.

B. K.

Tom Hanlin: Einmal im Leben (Once in every lifetime). Die Geschichte einer jungen Liebe. 259 Seiten. Büchergilde Gutenberg, Zürich 1948.

Es dauert einige Zeit, bis man merkt, daß die Versicherung des Autors, er kenne die Tricks der Schriftsteller nicht, just ein Trick ist. Man möchte sagen: hier habe sich ein raffiniertes Können vorsätzlich in das Gewand der Einfachheit gehüllt, um die Wirkung desto größerer Unmittelbarkeit und Lebensechtheit hervorzurufen. Die Liebesgeschichte spielt in englischem Bergarbeiter-Milieu. Die Art der Erzählung ist frisch und originell, kunstvoll primitiv stilisiert. Die Übersetzung (N. O. Scarpi) schmiegt sich dem Charakter des kleinen Romans, der auf den billigen Effekt eines happy end verzichtet, vortrefflich an. Der Titel sollte freilich auf deutsch eher lauten: «In jedem Leben nur einmal.» Die typographische Ausstattung (Werner Wälchli) fällt durch bemerkenswerte Sicherheit des Geschmacks auf.

V. G.